

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Riefaer Tageblatt.
Jernwal Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postsekonto: Dresden 1530
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 46.

Dienstag, 24. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Spalte für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 10 Spalten 1 Mark 50 Pfennig, die 50 am breiten Blattspalte 100 Gold-Pfennige, zehntägiger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife für Kundengruppen, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingehender werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsblätter können Anspruch auf Vorsehung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ullrich, Riesa.

Der Reichspräsident erkrankt.

1 Berlin. Der Reichspräsident Ebert ist an einer Blinddarmentzündung erkrankt und wurde sich einer Operation unterziehen, die Professor Bier vergangene Nacht vorgenommen hat.

Die verfassungsmäßige Vertretung des Reichspräsidenten ist dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen worden.

1 Berlin. (Funkspruch.) Die Operation, der sich der Reichspräsident heute Nacht unterzog, ist gut verlaufen. Das Befinden des Reichspräsidenten ist befriedigend. Der Patient befindet sich in dem Westsanatorium in der Privatambulanz des Professors Dr. Bier.

1 Berlin. (Funkspruch mittags 1 Uhr.) Nach der Operation lag Reichspräsident Ebert gegen 3 Uhr in ruhigem Schlaf. Professor Bier und sein Stellvertreter Dr. Krüger wollten sich jetzt abwechselnd am Krankenbett. Die Rekonvaleszenz dürfte, falls keine Komplikationen eintreten, voraussichtlich 3 bis 4 Wochen dauern.

Ein deutscher Vorstoß in der Kontrollfrage.

1 SPD. Berlin, 24. Februar. Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen diplomatische Schritte unternommen, um auf dem Gang der alliierten Verhandlungen über die Militärkontrolle einwirken zu können. Namentlich wird aus London gemeldet, daß Deutschland die Anregung gegeben habe, Vertreter der deutschen Regierung zu den Verhandlungen über den Kontrollbericht hinzuzuziehen. Das englische Kabinett werde sich mit diesem deutschen Vorstoß bereits am Mittwoch beschäftigen.

Wie wir auf Grund zuverlässiger Informationen mitteilen können, ist tatsächlich von der Reichsregierung den alliierten Regierungen ein Vorstoß unterbreitet worden. Es handelt sich dabei nicht nur um einen diplomatischen Schritt in London, sondern um eine Aktion, die das auswärtige Amt bei allen beteiligten alliierten Regierungen vornehmen ließ. Der Zweck der deutschen Anregung ist ohne weiteres klar: Die Berliner Regierung will verhindern, daß der Militärkontrollbericht zu einer großen Aktion gegen Deutschland gemacht wird. Wenn in der Militärkontrollfrage die alliierten Regierungen Anstoß zu Beschwerden zu haben glauben, so kann man nach deutscher Auffassung auf dem Wege direkter Verhandlungen zu einer Beilegung dieser Streitigkeiten kommen. Es würde nur zur Verwirrung der ganzen Situation führen, wenn jetzt die alliierten Regierungen in einer Note an Deutschland eine Reihe von Bedingungen stellen und durch zeitraubende Verhandlungen eine unabweisbare Verzögerung der Klärung der norddeutschen Rheinlandszone eintritt. Der Weg direkter Verhandlungen über die Militärkontrollfrage wäre auch insofern praktikabler, als dadurch eine völlige Trennung der Probleme der Räumung und der Sicherheitsfrage eintreten würde. Deutschland kann nicht annehmen, daß Frankreich die Räumung von der Lösung der Sicherheitsfrage abhängig macht. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche Regierung ihrerseits nicht beabsichtigt, bedingungsweise die Räumung zu verlangen, ehe sie irgendwelche Zusagen in der Sicherheitsfrage macht, sondern man wünscht in Berlin weiter nichts als die Ausführung des Versailler Vertrages und die Innehaltung der von den alliierten Regierungen gegebenen Zusagen.

In den politischen Kreisen geht das Gerücht, daß die deutsche Regierung bei ihren diplomatischen Schritten auch einen Vorstoß in der Sicherheitsfrage unterbreitet habe. Da man in den Berliner Regierungskreisen strenges Stillschweigen bewahrt, ist es nicht möglich, die Wichtigkeit dieses Vorstoßes nachzuweisen. Soviel steht aber fest, daß das Reichskabinett im Falle des Zustandekommens direkter Verhandlungen die deutschen Vertreter bevollmächtigen würde, auch über die Sicherheitsfrage zu verhandeln.

Die französische Regierung scheint die Einziehung Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick nicht zu wünschen. Aus diesem Grunde lauten auch die Kommentare der französischen Presse den deutschen Verhandlungsvorschlägen gegenüber ziemlich ablehnend. Trotzdem ist man in Berlin nicht der Meinung, daß dadurch alle Wege, zu einer direkten Aussprache mit den Alliierten zu gelangen, verschüttet sind, sondern man hat eher den Eindruck, daß es doch noch zu einer Konferenz kommen wird. Allerdings ist nicht damit zu rechnen, daß diese Konferenz vor Ende März anstehen kommen würde.

Das Programm des neuen Reichsinnenministers.

1 Berlin, 24. Februar. Wie wir hören, arbeitet man gegenwärtig im Reichsinnenministerium an verschiedenen wichtigen Vorschlägen zu einer Verfassungsreform. Es handelt sich dabei um einen Entwurf über die Hoheitsrechte der Länder, der sich an die von Wagner geäußerten Wünsche anlehnt. Weiterhin wird ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung ausgearbeitet, das wegen seiner Wichtigkeit schon jetzt fertig gestellt und dann dem Reichsrat vorgelegt werden soll. Als dritte wichtige Neuerung wird eine Reform des Artikels 18 der Reichsverfassung vorgeschlagen, durch die die Zulässigkeit von Abkimmungen über die Neugliederung des Reiches erwirkt werden soll. Es handelt sich bei diesen Vorschlägen um die Durchführung von Programmpunkten, die der neue Reichsminister des Innern Schiele antwortet hat.

Eine bedeutsame Rede des Reichskanzlers Dr. Luther. Ein Bankett des Reichverbandes der Deutschen Presse.

1 Berlin, 23. Februar. Der Einladung des Reichsverbandes der Deutschen Presse zum ersten Bankett der Deutschen Presse im Hotel Esplanade waren neben dem Reichskanzler Dr. Luther die Reichsminister Schiele, Dr. Frenken, Dr. Neuhaus, Dr. v. Schlieben und Stinal und der Generaldirektor der Reichsbahn Geier gefolgt. Außer den Reichsministern waren die Staatssekretäre Stempner, Dr. Ing. Bredow und der Leiter der Verhauung der Reichsregierung Dr. Kiep erschienen. Unter den Repräsentanten der Einzelstaaten bemerkte man den bayerischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach und den württembergischen Gesandten Völkler. Außerdem waren diplomatische und konsularische Vertreter von 11 verschiedenen Staaten und viele Vertreter von Wissenschaft und Kunst, Handel und Industrie sowie namhafte Parlamentarier und Vertreter der Behörden erschienen. Die Presse selbst war durch eine Anzahl prominenter Vertreter und vor allem durch viele Journalisten aus Berlin und dem ganzen Reich und durch die Berliner Korrespondenten der Auslandspresse vertreten. Anwesend der großen Zahl der Gäste mußten für das Bankett zwei Säle herangezogen werden.

Gebetsrede des Reichskanzlers
begnügte als Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse die erdienenen Gäste, besonders den Reichskanzler Dr. Luther, die übrigen Minister und die Minister der Länderregierungen. Einen besonderen Dank richtete er den zahlreichen führenden Vertretern der Presse, die aus allen Teilen des Reichs zu dem Bankett erschienen waren, wobei er darauf hinwies, wie angelehnt der namhaften Gäste an der deutschen Presse diese viel weniger als in anderen Ländern durch die hauptsächlichsten Zeitungen allein repräsentiert wird. Die aus allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentren des Reichs in Berlin vereinigten Gäste können als eine gewisse Zusammenfassung der gesamten Volksträfte gelten. Er hoffe, daß diese Veranstaltung des Reichsverbandes der Deutschen Presse dazu beitragen werde, der deutschen Presse in großen nationalen Fragen eine einheitliche Zielrichtung zu geben. Daß sie im Innern wie namentlich auch nach außen hin härter und leistungsfähiger werde, sei ein elementares Interesse der Nation. In diesem Zusammenhang wende sich der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse noch besonders an die zahlreichen Vertreter der ausländischen Presse, um die Hoffnung auszusprechen, daß durch ihre Vermittlung die Rufe und die berechtigten Interessen des deutschen Vaterlandes in der öffentlichen Meinung der ganzen Kulturwelt mehr zu Geltung kommen mögen, damit ein friedliches, auf gegenseitige Achtung und billige Berücksichtigung des gegenseitigen Interesses gegründetes Zusammenleben der Völker ermöglicht werde.

Reichskanzler Dr. Luther

führte in seiner Erwiderrungsrede aus, die Regierung habe zum Volk einmal den juristischen Weg, der durch die Verfassung gegeben sei, dann aber auch den Weg der ganz unmittelbaren Verhandlung mit der Wirklichkeit in Volk und Land. In diesem Sinne sei seine Rundreise durch Deutschland in den letzten Wochen sehr reich gewesen. Sie habe ihm Gegenstände und Zusammenhänge gezeigt, die nicht anders durch diese Rundreise sei der heutige Abend, an dem vor ihm die ganze deutsche Presse versammelt sei. „Die Presse ist“, fuhr der Reichskanzler fort, „die große Mittlerin zwischen Regierung und Volk. Ich bin gelegentlich gefragt worden: Was versteht ihr eigentlich unter sachlicher Politik? Mit den Worten „sachliche Politik“ ist nichts anderes gesagt als dieses: Wir wollen als Regierung den pflichtmäßigen Standpunkt jeder Regierung, die ohne jede Anlehnung auf das Ganze steht, mit aller Kraft und ohne Rücksicht auf die Parteistellungen durchzuführen versuchen. Unsere Politik ist eine Politik der Sachheit, der Zusammenfassung und damit der Gewinnung eines neuen Standpunkts zum Vortritt voranreiten des Volkes.“

In den großen Fragen der Außenpolitik gibt es keine Gegenfälle, und in ihrer praktischen Entwicklung findet sich das deutsche Volk in außenpolitischen Dingen zu großen,

allgemeinen Richtlinien immer wieder zusammen. Wir wollen alle als Ziel das eine: das deutsche Vaterland gesund und stark nach außen und nach innen. Wir müssen es aufbauen und wollen es aufbauen unter Berücksichtigung und unter Begründung auf die geschichtlich gegebenen Tatsachen, aus denen das deutsche Volk zusammengewachsen ist. Ein Gegenfay in reiner Form ist nirgends vorhanden, auch nicht zwischen Individualismus und Sozialismus. Es gibt keinen Sozialisten, der nicht die harten Kräfte des Individualismus anwenden will, der nicht den Fähigkeiten an die Stelle führen will, wo er wirken kann; es gibt auch keinen Individualisten, der nicht weiß, daß große Taten, die der sozialistischen Denkform entsprechen, im Staatsganzen lebendig werden müssen.

Auch in den großen Gegenfayen der Weltanschauung handelt es sich um ein Nebeneinanderleben. Hier hat die Politik die Aufgabe, daß die Weltanschauungen miteinander in Frieden ringen können, jede um ihre innere Rufe, und insbesondere im Wettbewerb zwischen den beiden christlichen Konfessionen muß dafür gesorgt werden, daß die gemeinsamen großen Gedanken des Christentums zu starker Auswirkung kommen.

Die schwerste Aufgabe für die Presse liegt darin, in Fragen, wo wirklich unser Volk in starken Gegensätzen einander gegenübersteht, auch dem Standpunkte des andern die erforderliche Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Die doktrinaire Zuspitzung etwa zwischen Zentralismus und Föderalismus heizt nicht die Gegensätze und hemmt die sachliche Entwicklung.

Wir widerstreben solche doktrinaire Zuspitzungen und ich habe neulich nach meinem Münchner Besuch mit Behagen gefühlt, daß man ganz zutreffend war mit dem, was ich gesagt habe, obgleich man nicht glaubte, mich als Föderalisten in Anspruch nehmen zu sollen.

Die große Gefahr ist die, daß in den Parteiprogrammen die doktrinaire Zuspitzungen ein Uebermaß von Bedeutung gewinnen, so daß auf diesem Wege Hypothesen auf einmal eine Macht werden, die nicht bindet, sondern zerlegt. Das ist im Parteidenken bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich, wird aber bei uns durch die politischen Einrichtungen der Verhältniswahl unterbunden, in der sich notwendigerweise der Kampf um Grundfragen abspielen muß.

In anderen abnormen Verhältnissen können sich die Parteien nicht mehr zu hartem Handeln entschließen, und dann entstehen jene Ermächtigungsgesetze, wie wir sie in zwei Beispielen vor uns sehen haben. Das diese Ermächtigungsgesetze in der Stunde der höchsten Not zustande kamen, war ein Beweis für die Kraft des Reichsoberhauptes, aber auch dafür, daß unter Umständen das Parteipolitische im Leben des Volkes ausgeschaltet werden muß. Die Ermächtigungsgesetze waren auch nicht etwa eine Verleugnung unserer republikanischen Staatsform, und ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß das Urbild aller Republiken, die alle römische Republik, für die Ermächtigungsgesetze eine ganz herkömmliche Formel hatte, nämlich: *videtur consules*.

Was nun die großen Ausschlüsse und die großen Ziele angeht, so liegen sie immer darin, daß ein Leben wie unser jetziges uns ununterbrochen vor neue Aufgaben stellt. Die Fortschritte der Technik haben eine ganz andere Gestaltung des sozialen Lebens hervorgerufen, und die sozialen Aufgaben sind ungeheuer. Andere große Fragen erwachsen aus den Fortschritten des Verkehrs, dessen Entwicklung für die nächsten zehn Jahre gar nicht abgesehen werden kann und die die tiefsten Rückwirkungen auf die politische Gestaltung Deutschlands, Europas und vielleicht der ganzen Welt haben wird.

Aber im Mittelpunkt steht die große Aufgabe, die uns nun einmal durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges geworden ist, daß wir auf ganz neuen Wegen einen Wiederanstieg unseres Volkes durchzuführen müssen. Hier sind wir alle im Ziele einig: Wir wollen ein starkes, wir wollen ein gesundes Deutschland, das seinen Platz wieder in voller Gleichberechtigung und in voller Anerkennung im Kreise der Völker einnimmt.

Der Reichskanzler schloß mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland, an das sich der Gesang des Deutschlandliedes anschloß.

Deutschlands bisherige Zahlungen.

1 Berlin. Das Büro des Generalagenten für die Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die Eingänge und Zahlungen bis zum 31. Januar 1925. Danach betragen die Eingänge im Januar 108 317 807, in der Gesamtsumme bis zum 31. Januar 394 581 255. Ihnen stehen an Zahlungen gegenüber im Januar 103 575 848 und in der Gesamtsumme 381 398 148. Der Barüberchuß in der Reichsbank beträgt demnach am 31. Januar 13 185 106. Im einzelnen sieht man, daß aus dem Ertrage der Anleihe bisher 385 191 515 eingegangen sind.

An die einzelnen Staaten wurden einschließlich der Sachlieferungen und der Befreiungskosten gezahlt:

Frankreich: 47 276 000 (in der ersten Jahresannuität bis zum 31. Januar 161 434 000),
England: 19 359 000 (185 111 000),
Italien: 8 959 000 (32 482 000).

Belgien: 9 335 000 (38 855 000),
Japan: 399 000 (1 290 000),
Schweden: 2 077 000 (11 932 000),
Portugal: 725 000 (2 220 000),
Rumänien: 341 000 (2 807 000),
Griechenland: 684 000 (954 000).

Einigung zwischen Reich und Ländern?

1 Berlin, 24. Februar. Bei den Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern ist, wie wir erfahren, ein gemeinsamer Einigungsvorschlag von Preußen und Sachsen gemacht worden. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß auf Grund dieses Vorschlages zwischen dem Reich und den Ländern noch innerhalb der nächsten drei Wochen eine Verständigung erzielt wird. Es ist beabsichtigt, in der zweiten Hälfte des Monats März eine neue Konferenz der Finanzminister der Länder einzuberufen.